



**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

# Unia Biel-Seeland / Solothurn Olten marschiert gegen die Krise

**Marschiert mit für Arbeit, Lohn und Rente!  
In 3 Tagen zu Fuss von Dulliken bis Biel 2.– 4. September 2009**

**Die verantwortlichen PolitikerInnen in Bund und Kantonen verschliessen die Augen vor der Krise. Statt zu handeln, regiert die Untätigkeit gegenüber Betriebsschliessungen, Entlassungen und Lohnsenkungen.** Noch schlimmer: Mit dem Rentenklau bei den Pensionskassen, den Angriffen auf die AHV und die Arbeitslosenversicherung wird die Krise zusätzlich verschärft, mit unverschämten Erhöhungen der Krankenkassenprämien den Haushalten noch mehr Kaufkraft entzogen.

**Dagegen müssen wir kräftige, aussergewöhnliche Zeichen setzen. Dagegen wollen und müssen wir angehen. Im wahrsten Sinne des Wortes:** Vom 2. bis 4. September marschiert das Unia-Team Biel-Seeland / Kanton Solothurn durch die ganze Region, von Ort zu Ort, von Betrieb zu Betrieb, von Baustelle zu Baustelle. Unsere Ziele: Die Menschen und die politisch Verantwortlichen aufrütteln – und möglichst viele Kolleginnen und Kollegen dafür gewinnen, sich mit uns zu bewegen und an der grossen nationalen Kundgebung am Samstag, 19. September, in Bern teilzunehmen.

**Alle Kolleginnen und Kollegen, Freunde und SympathisantInnen sind eingeladen, sich anzuschliessen, etappenweise mitzumarschieren oder an den Zusammenkünften in den Etappenorten ihre Solidarität zu bekunden.**

**Und so ist Unia gegen die Krise unterwegs:**

**Tag 1      Mittwoch 2. September      Dulliken – Olten - Oensingen**  
08.00      Start in Dulliken Dorf  
10:00      Rast und Medientreff in Olten beim Generalstreik-Denkmal in der „Schützi“  
              Weitermarsch / Besuch von versch. Betrieben und Baustellen  
18:00      Ankunft in Oensingen Bahnhofbuffet / Ansprache von SP-Nationalrätin Bea Heim /  
              Feierabendbier  
              und Gespräche mit der Bevölkerung / Übernachtung im Zivilschutzzentrum

**Tag 2      Donnerstag 3. September      Oensingen – Solothurn – Grenchen**  
07.00      Start in Oensingen / Besuch von versch. Betrieben und Baustellen  
14:30      Solothurn Rathaus / Übergabe Postulat an Solothurnischer Regierung  
17:30      Ankunft Grenchen / Veranstaltung mit Ansprachen, Apéro und  
              Gesprächen mit der Bevölkerung/ Übernachtung in Zivilschutzanlage

**Tag 3      Freitag, 4. September      Grenchen – Biel/Bienne**  
08:00      Start in Grenchen / Besuch von versch. Betrieben und Baustellen  
16.30      Ankunft in Biel/Bienne auf dem Zentralplatz  
              Schlusskundgebung mit Apéro und Ansprachen von Nationalrat  
              und Stadtpräsident Hans Stöckli, Grossrat Corrado Pardini,  
              Leiter Sektor Industrie Unia Schweiz.  
18.00      Abschluss



10 Forderungen der Unia Region Biel – Seeland / Kanton Solothurn an die Politikerinnen und Politiker auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene sowie an die Unternehmensverantwortlichen

## Jetzt die Arbeit und Kaufkraft erhalten – statt die Krise noch mehr verschärfen!

Der Jurasüdfuss zwischen Biel – Solothurn – Olten gehört zu den innovativsten und leistungsfähigsten Industrieregionen der Schweiz. Die Region lebt von einer starken Uhrenindustrie und den vielen kleinen und mittleren Produktionsbetrieben der Mikro-, Präzisions- und Werkzeugindustrie. Die Unternehmen sind direkt oder als Zulieferer vom Export abhängig. Sie leiden jetzt entsprechend massiv unter den Folgen der internationalen Finanz- und Bankenkrise. Stellenabbau, Entlassungen, Kurzarbeit in vielen Betrieben, Druck auf die Löhne und Renten sind das Resultat. Der Vorstand der Unia Region Biel-Seeland / Kanton Solothurn ist besorgt über die alarmierende wirtschaftliche Entwicklung und die gleichzeitige Untätigkeit der Politik. Handeln ist dringend angesagt. Die Unia ruft die Verantwortlichen in Bund, Kantonen, Gemeinden und in der Wirtschaft auf, jetzt alles daran zu setzen, um den Industrie-Werkplatz und damit Arbeit und Kaufkraft in unserer Region zu erhalten. Für die Unia stehen dabei aus regionaler Sicht die folgenden 10 Forderungen im Zentrum:

1. **Die Dauer der Kurzarbeit ist von 18 auf 24 Monate zu verlängern.** So kann und muss der Bundesrat verhindern, dass die Betriebe in den nächsten Wochen und Monaten mit drastischen Massenentlassungen auf das drohende Ende der Bezugsdauer reagieren.
2. **Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen dürfen erst nach einer generellen 30-tägigen Konsultation der Arbeitnehmenden und dem obligatorischen Abschluss eines Sozialplans mit den Gewerkschaften ausgesprochen werden.** Dieser Krisenartikel würde verhindern, dass Stellenabbau und Entlassungen den Belegschaften im Schnellschuss und zum Billigtarif aufgezwungen werden.
3. **Die Kreditengpässe in vielen Unternehmen als Folge eines brutalen Bankendiktats müssen durch grosszügig ausgestattete Bürgschaftsfonds der öffentlichen Hand, der Nationalbank und der Kantonalbanken überbrückt und abgedeckt werden.** Die Gewährung von Bürgschaften muss an sozial- und umweltverträgliche Mindestbedingungen geknüpft werden wie die Einhaltung von Gesamtarbeitsverträgen und innovative Entwicklungen des ökologischen Umbaus.
4. **Die explodierende Jugendarbeitslosigkeit muss mit allen Mitteln eingedämmt werden.** Die jungen Lohnabhängigen, insbesondere die Lehrabgänger/innen, sind von der aktuellen Krise extrem stark betroffen. Darum müssen vorab die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe (Kantonalbanken, Post, Bahnen, Swisscom, Strom- und Energiebetriebe etc.) darauf verpflichtet werden, die Jugendlichen nach der Ausbildung mindestens zwei Jahre weiter zu beschäftigen.
5. **Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sind für Weiterbildungsoffensiven zu nutzen.** Dazu braucht es in den Betrieben und für die Allgemeinheit bedürfnisgerechte Schulungskonzepte, welche den Beschäftigten und Arbeitslosigkeit neue Chancen in der Arbeitswelt eröffnen. Die Kantone und vorab auch die Gemeinden sind gefordert, zusammen mit den Unternehmen und den Gewerkschaften die Initiative für solche Weiterbildungen zu ergreifen.
6. **In ganz oder teilweise stillgelegten Betrieben sind von den kantonalen Arbeitsmarkbehörden und von den Unternehmen Transferorganisationen zu schaffen.** Die Transferorganisation ist eine Auffang- und Übergangsstruktur mit Arbeitsplatzcharakter; die Teilnehmer haben einen entsprechenden Arbeitsvertrag, erhalten einen Lohn und können unter Umständen Zwischenverdienst geltend machen.
7. **Der volle Teuerungsausgleich und Realloohnerhöhungen sind dringend nötig für die Erhaltung der Kaufkraft der Lohnabhängigen und stützen die Wirtschaft.** Die öffentliche Hand sowie die Branchen und Betriebe müssen in den Lohnverhandlungen im kommenden Herbst mit gutem Beispiel vorangehen und mit kräftigen Lohnanpassungen ein klares Signal gegen die Krise setzen.
8. **Der Sozialabbau muss gestoppt werden.** Der geplante Rentenklau in der beruflichen Vorsorge muss an der Urne verhindert werden. Die Sanierung der Pensionskassen ist aufzuschieben. Die IV muss finanziell gesichert werden, statt Hetze und leere Versprechen braucht es die Integration der Behinderten. Bei der AHV, Arbeitslosen- und Unfallversicherung sind die geplanten Verschlechterungen zu verhindern.
9. **Die erneut stark steigenden Krankenkassen-Prämien müssen durch massiv höhere Staatsbeiträge für die Haushalte mit mittleren und kleineren Einkommen verbilligt werden.** Wird die Prämienrunde – wie angekündigt – durchgezogen, so frisst das zusätzlich viel Kaufkraft weg und ist somit Gift für die Konjunktur.
10. **Die innovativen Industriebetriebe müssen im ökologischen Umbau und in dessen Technologien neu positioniert werden.** Klar ist: Selbst bei einem wirtschaftlichen Aufschwung werden viele Umsätze nicht mehr oder nur mit grosser zeitlicher Verzögerungen zurückkommen. Das heisst, dass die Firmen in neuen Produktionen Fuss fassen müssen. Die neuen, sauberen Energien stellen ein grosses Zukunftspotenzial dar.